

Jedes Kilowatt zählt – Alle Register für eine bezahlbare und sichere Energieversorgung

Positionspapier der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Deutschland und die EU befinden sich in einer beispiellosen Energiekrise. Nicht aus technischen Gründen, wegen des Klimawandels oder Marktversagens – sondern weil Russland Energielieferungen als Waffe in einem Wirtschaftskrieg gegen uns verwendet. Dass wir gegen diese Attacken so verwundbar sind, ist aber das Ergebnis einer verfehlten Energie- und Außenpolitik der letzten Jahre:

Viele unserer europäischen Partner haben immer wieder davor gewarnt, die deutsche Energieaußenpolitik führe in eine gefährliche Abhängigkeit von Russland. Die unionsgeführte Bundesregierung hat diese Warnungen jahrelang ignoriert, wodurch nun viele unserer Partner quasi in Mithaftung genommen werden. Partner, auf deren Solidarität wir jetzt dringend angewiesen sind.

Gleichzeitig wurden Schritte, die die Abhängigkeit von russischen Lieferungen vermieden hätten – der Aufbau von Import-Infrastruktur für Flüssiggas (LNG) oder die Stärkung der heimischen Erdgas-Förderung – in fahrlässiger Weise unterlassen. Und zuletzt wurde der Ausbau der Erneuerbaren Energien durch immer mehr Vorgaben und Bürokratie, immer längere Genehmigungsverfahren mit zunehmend unsicherem Ausgang und immer mehr Verhinderungsmentalität bei Politik und Behörden systematisch ausgebremst und viel zu lange in unserem Land zu planwirtschaftlich angegangen.

Die Folgen sind gravierend: Nicht nur droht ein akuter Gas- und Strommangel im kommenden Winter. Die Preise an den Energiemarkten sind bereits drastisch gestiegen und stellen eine enorme Belastung für die Menschen und Unternehmen dar. Die Preisentwicklung an den Großhandelsmärkten für Strom und Gas lässt weitere Belastungen im kommenden Jahr befürchten.

Es müssen nun alle Register gezogen werden, damit wir sicher durch den Winter und die nächsten Jahre kommen. Dabei darf es keine Denkverbote geben. Vorausschauendes, pragmatisches und entschlossenes Handeln ist das Gebot der Stunde – nicht nur im Interesse der Menschen und Unternehmen in Deutschland.

Die Politik muss daher alles tun, um kurz- und mittelfristig das Angebot an Energie zu erhöhen und möglichst vielen Menschen und Unternehmen Zugang dazu zu ermöglichen. Dies bedeutet keineswegs eine Abkehr von energie- und

klimapolitischen Zielen – im Gegenteil. Die gefährlichen Auswirkungen des Klimawandels sind in diesem Sommer nochmals mehr als deutlich geworden und verschärfen sogar die derzeitige Energiekrise. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Freiheitsenergien. Durch Innovationen der Unternehmen und wissenschaftlichen Fortschritt werden diese künftig noch leistungsfähiger und können immer mehr eine sichere Energieversorgung gewährleisten. Auch neue Technologien wie die Kernfusion spielen in der Zukunft der Stromproduktion eine entscheidende Rolle. Hier müssen die Weichen jetzt gestellt werden. Aber die jetzigen Probleme können sie nicht allein lösen, es war immer klar, dass wir für die Übergangszeit bis zu klimaneutralen Energieproduktion noch konventionelle Energieträger brauchen – die Frage ist, welche und wann.

1. Laufzeitverlängerung Kernkraftwerke schnellstmöglich beschließen

Die geplante Stilllegung der drei noch laufenden Kernkraftwerke (KKW) würde die aktuelle Energiekrise verschlimmern. Es drohen nicht nur eine verminderte Netzstabilität, sondern auch Versorgungsengpässe in Süddeutschland, die Verschärfung der Stromkrise in Frankreich und nicht zuletzt höhere Strompreise sowie mehr CO2-Emissionen. Ein Weiterbetrieb würde nicht nur den Bedarf an knappem Erdgas spürbar senken. Er würde auch dafür sorgen, dass teure Gas-Kraftwerke seltener laufen und hohe Preise im Stromhandel setzen. Die Strompreise würden so spürbar gedämpft. Die Vorkehrungen für den Weiterbetrieb müssen jetzt angesichts der sich verschärfenden Stromkrise unverzüglich getroffen werden. Ergibt sich hieraus die Notwendigkeit weitere Brennelemente anzukaufen, müssen die Bemühungen hierfür kurzfristig eingeleitet werden.

2. Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung vermeiden

Wegen der Versorgungsengpässe beim Erdgas ist es schwer vermittelbar, dass Erdgas in großem Umfang zur Stromerzeugung eingesetzt wird. Daher muss Erdgas aus der Stromerzeugung verdrängt werden. Dies kann neben dem Einsatz der Kernenergie auch durch den Einsatz von Kohlekraftwerken geschehen, ebenso wie durch die Ausweitung des Biogas-Einsatzes. Hierzu müssen alle Hürden wie Kohlebevorratungsvorgaben oder der Maisdeckel zeitnah entfallen.

3. Angebot an Erd- und Biogas möglichst schnell ausweiten

Mit den bereits beschlossenen LNG-Terminals kann voraussichtlich bereits zum Jahreswechsel 2022/2023 LNG in Deutschland importiert werden. Das verringert unsere Abhängigkeit von den Terminals unserer europäischen Nachbarn. Wir müssen alles daransetzen, schwimmende LNG-Terminals an unser Gasnetz anzuschließen und so die Importmengen zu erhöhen. Darum sollten die Planungs- und Bauverfahren nach Möglichkeit weiter beschleunigt werden. Gleichzeitig muss auch die Erdgasgewinnung in Deutschland ausgeweitet werden – bspw. in der Nordsee.

Die heimische Biogaserzeugung kann kurzfristig um 20 Prozent gesteigert werden und unsere Unabhängigkeit von teuren Importen weiter erhöhen, bspw. durch die

Nutzung von Gülle aus der gewerblichen Tierhaltung. Diese Potentiale müssen dringend genutzt und sämtliche Hemmnisse rasch ausgesetzt werden, um den Betrieben und Anlagenbetreibern Planungssicherheit zu geben. Hierzu gehören insbesondere die Begrenzungen für die Biogasproduktion und Biomassenutzung im Baurecht.

4. EE-Ausbau forcieren + Speicherstrategie entwickeln

Auch wenn die Erneuerbaren Energien die Stromversorgung allein noch nicht sicherstellen können, ist eines klar: Sie sind die günstigste Form der Stromerzeugung und sie sorgen für niedrigere Preise im Stromhandel. Durch eigene Photovoltaik-Anlagen (PV) können Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen unabhängiger von teurem Netzstrom werden und mit Direktlieferverträgen (PPA) kann sich die Industrie gegen steigende Preise absichern. Mit dem Osterpaket hat die Ampel erste Voraussetzungen für einen schnelleren Erneuerbare-Energien-Ausbau geschaffen und die Erneuerbaren (EE) nicht umsonst ins überragende öffentliche Interesse gestellt.

Weitere Maßnahmen müssen schnell folgen. Kappungsregeln für PV-Anlagen müssen ebenso fallen wie Abschaltvorgaben für Windenergieanlagen, Hemmnisse im Denkmalschutzrecht, Abstandsvorgaben für Dach-PV sowie unsinnige Hürden im Bau- und Umweltrecht für Wärmepumpen, die Wasserkraft oder andere EE-Anlagen. Zudem gehören Hemmnisse für Energysharing schnellstmöglich abgeschafft, sodass u. a. zukunftsfähige Quartierslösungen unbürokratisch ermöglicht werden. Unternehmen sollen durch direkte Leitungen zu EE-Parks einfachen Zugang zu günstigem Grünstrom erhalten. Um möglichst viele Erneuerbare auch tatsächlich nutzen zu können, müssen die Rahmenbedingungen für Speicher weiter verbessert werden. Dabei müssen auch bereits geprüfte Standorte für Pumpspeicherkraftwerke, ideologiefrei auf ihr Potenzial hin unter die Lupe genommen werden. Hierfür bedarf es einer umfassenden Strategie. Mit der geänderten Speicherdefinition haben wir hierzu bereits den Grundstein gelegt.

5. Wasserstoff-Turbo anschalten

Wasserstoff ist die klimaneutrale Alternative zu fossilem Erdgas mit dem größten Wachstumspotenzial. Der Wasserstoff-Hochlauf ist damit ohnehin unverzichtbar und wird im Lichte der aktuellen Krise nur noch dringlicher. Dem entgegen steht eine Haltung, die Wasserstoff auf bestimmte Anwendungsfelder beschränken und seinen Einsatz daher dirigistisch steuern will. Auch der alleinige Fokus auf grünen Wasserstoff während der Hochlaufphase ist kontraproduktiv.

Statt den breiten Wasserstoff-Einsatz zu bekämpfen muss er breit ermöglicht und angereizt werden. Zudem muss sich die Bundesregierung in Brüssel dafür einsetzen, dass schnell die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Die Ideen der EU-Kommission, bspw. zur Entflechtung von Gas- und Wasserstoffnetzen oder die engen Definitionskriterien für grünen Wasserstoff, sind energiewirtschaftlich, industrielpolitisch sowie für die Bekämpfung des

Klimawandels kontraproduktiv – mal davon abgesehen, dass sie geopolitisch aus der Zeit gefallen sind. Auch Wasserstoff ist „Freiheitsenergie“ und dazu gehören alle Farben und ihr Einsatz!

6. Strommarkt modernisieren

Die Liberalisierung des Strommarktes und die Schaffung des europäischen Energiebinnenmarktes sind eine Erfolgsgeschichte. Sie beweist, dass marktwirtschaftliche Prinzipien und grenzüberschreitender Handel für alle Kosten senken und Versorgungssicherheit erhöhen. Gleichwohl ist es notwendig, den Strommarkt weiterzuentwickeln, um die Energiewende nach dem beschlossenen Ende des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf marktwirtschaftlichem Wege fortzuführen und eine wettbewerbliche, klimaneutrale Energieversorgung zu schaffen. Dabei gilt es, gut funktionierende Mechanismen zu stärken – dazu gehört insbesondere der EU-Emissionshandel als Kernelement – und diese durch kluge Anpassungen zu ergänzen. Dass die Sicherheit der Stromversorgung allein dem Energy Only-Markt überantwortet und durch eine Reihe marktferner Reserven gesichert wird, erscheint im Lichte der jüngsten Krise schwerfällig, fehleranfällig und unnötig teuer, zumal die notwendigen Investitionen zum Ersatz von Kohle- und Atomkraftwerken seit Jahren ausbleiben. Hier braucht es endlich auch langfristige Planungssicherheit. Zudem sollten gesicherte Leistung und Flexibilitäten besser vergütet und angereizt werden. Dazu müssen wir auch über Kapazitätsmechanismen diskutieren. Außerdem sollen die im Zuge der krisenbedingt hohen Gaspreise entstehenden Extrarenditen künftig durch kluge Marktegeln vermieden werden.

7. Senkung der Energiepreise

Strom und Gas sind, wie viele andere Energieträger auch, mit hohen Steuern, Umlagen und Entgelten belastet. Schon vor der aktuellen Energiepreise gehörten etwa die Strompreise in Deutschland zu den höchsten in Europa. Energie muss dauerhaft günstiger werden, daher müssen alle Preisbestandteile auf den Prüfstand gestellt werden. Unser Ziel als Freie Demokraten ist es, dass wir in Zukunft für private und gewerbliche Kunden Energie zu weltweit konkurrenzfähigen Preisen anbieten können. Die Absenkung der Umsatzsteuer auf Erdgas ist hierbei nur ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die im Koalitionsvertrag vereinbarten wettbewerbsfähigen Strompreis für die Industrie schnell umzusetzen.

8. Stromnetz ausbauen

Die Umstellung der Energieversorgung von fossilen Brennstoffen auf Erneuerbare Energieträger ist ein stetiger Prozess, der drastische Veränderungen bei Energieflüssen zur Folge hat. Die nationalen Kapazitäten verteilen sich auf eine breitere Anzahl an Kraftwerken und Zulieferern und sind dabei deutlich größeren Schwankungen ausgesetzt. Gleichzeitig steigt der Energiebedarf einer zunehmend elektrifizierten Gesellschaft stetig. Dies sorgt für große Herausforderungen im Stromnetz, insbesondere im Niedrig- und Mittelspannungsbereich, da größere Energieströme schneller verteilt werden

müssen. Um regelmäßige Stomausfälle zu vermeiden und das Vertrauen in die Energiewende nicht weiter zu zerstören, ist ein drastischer Netzausbau hin zu einem intelligenten Stromnetz dringend notwendig. Nachdem wir im neuen EEG-Gesetz bereits den Ausbau-Turbo für Erneuerbare Energien gezündet haben, muss nun auch das Stromnetz den neuen Ansprüchen folgen. Hierfür ist eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren von entscheidender Bedeutung.

Impressum: Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, vertreten durch Johannes Vogel (V.i.S.d.P.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 403699001, dialog@fdpbt.de, www.fdpbt.de, Stand: September 2022